

Kurzanalyse der Parlamentswahlen in Spanien vom 20. November 2011

Von Dominic Heilig

Fertiggestellt am 21. November 2011, 01.51 Uhr

(Änderungen vorbehalten)

Mehr Informationen unter

www.dominic-heilig.de

Inhalt

I. Vorbemerkung – Die Regionalwahlen vom 22. Mai 2011

II. Spanien – ein krisengeschütteltes Land

III. Wahlkampf und Prognosen

IV. Das Wahlsystem

V. Die Vereinte Linke (Izquierda Unida, IU)

VI. Die 7 Revolutionen der Izquierda Unida

VII. Die Wahlergebnisse und ein erstes Fazit

I. Vorbemerkung – Die Regionalwahlen vom 22. Mai 2011

Die bislang regierende Sozialistische Partei Spaniens (PSOE) von Ministerpräsident José Luis Zapatero erlitt bei den Regionalwahlen im Mai diesen Jahres eine gleichsam schmerzhaft wie krachende Niederlage. In 13 von 17 Regionen wurden im Frühjahr die Regional- und Kommunalparlamente neu gewählt. Im Vergleich zu den Regionalwahlen 2007 sackte dabei die Sozialistische Partei landesweit auf 27,8 Prozent ab (2007: rund 35 Prozent). Hochburgen wie Sevilla oder Barcelona gingen nach Jahren verloren. Von der Schwäche der Sozialisten profitierte vor allem die rechts-konservative Oppositionspartei, Partido Popular (Volkspartei, PP). Sie zog in nahezu alle Regionalregierungen ein und erreichte im Landesschnitt rund 38 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag überraschend hoch bei 66 Prozent (2007: Regionalwahlen 64 Prozent). Damals, im Mai, kreuzten dennoch viele Spanierinnen und Spanier ihren Wahlzettel „ungültig“. Dies galt als Ausdruck der seit dem 15. Mai 2011 andauernden Massenproteste, vor allem in Madrid und Barcelona (Bewegung des 15. Mai auf der Puerta del Sol in Madrid).

Für die Vereinte Linke (Izquierda Unida, IU) waren die Regionalwahlen ein erster Hoffnungsschimmer nach stetig sinkenden Wahlergebnissen in den vergangenen zehn Jahren. Die Vereinte Linke konnte sich so, vor allem weil sie enttäuschte PSOE-Wählermilieus für sich gewinnen konnte, landesweit auf 6,3 Prozent der Stimmen verbessern (2009: Europawahlen 3,7 Prozent) und wurde so zur drittstärksten Partei in Spanien. Auch profitierte die Linkspartei von den massiven sozialen Protesten im Land, gegen die Kürzungsprogramme der Regierung, gegen Sozialabbau und Armut. Die Vereinte Linke stammt historisch aus der sozialen und der Friedensbewegung und war von Beginn an in der aktuellen Protestbewegung aktiv und präsent.

Bereits im Mai verschoben sich die politischen Mehrheitsverhältnisse mit dem Wahlsieg der Partido Popular nach rechts. Eine Ausnahme bildete damals das Baskenland. Dort verloren sowohl PSOE, als auch PP und das erstmals angetretende baskische Linksbündnis „Bildu“ wurde stärkste politische Kraft in der Region.

Nach den Regionalwahlen verfügt die spanische Linkspartei IU über 58 Bürgermeister, die mit absoluter Mehrheit und 53 Bürgermeister, die mit relativer Mehrheit gewählt wurden. Auch im Hinblick auf die Wahlen zu den Regionalparlamenten konnte die IU ihre Sitzanzahl ausbauen.¹

¹ Vgl. Heilig, Dominic: Ein Hoffnungsschimmer für die Linke. Eine kurze Einschätzung der Regionalwahlen in Spanien aus linker Sicht, in: <http://dominic.linkeblogs.de/2011/05/26/eine-kurze-einschätzung-der-regionalwahlen-in-spanien-aus-linker-sicht/> oder <http://www.rosalux.de/publication/37599/hoffnungsschimmer-fuer-die-linke.html> vom 22. Mai 2011, S. 4f.

Die Ausgangssituation für die Parlamentswahlen im November desselben Jahres waren also sowohl für die radikale Linke, als auch für die rechts-konservative Volkspartei gut. Die Sozialistische Arbeiterpartei hingegen musste derweil mit dem Makel des Wahlverlierers kämpfen.

Tabelle 1: Wahlergebnisse national² - Votos por partidos en Total España -

Partido	concejales	votos
PP	37.53 %	8.474 031
PSOE	27.79 %	6.276 087
IU	6.31 %	1.424 119
CiU	3.45 %	778 679
UPyD	2.06 %	465 125
EAJ-PNV	1.45 %	327 100
BILDU-EA	1.39 %	313 231

² Vgl. El Pais, Tageszeitung: <http://resultados.elpais.com/elecciones/2011/municipales/> vom 22.Mai 2011

II. Spanien – ein krisengeschütteltes Land

Kurz nach den für die Sozialistische Partei enttäuschenden Regionalwahlen rief Ministerpräsident Zapatero vorgezogene Neuwahlen für den 20. November 2011 aus und erklärte zugleich, dass er nicht wieder als Kandidat seiner Partei für das Amt des Regierungschefs antreten würde.³ Damit ist Spanien, nach Griechenland, Portugal und Dänemark, bereits der vierte Mitgliedsstaat der Europäischen Union, der im Angesicht der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise vorgezogene Neuwahlen in diesem Jahr ausgerufen hat.

Spanien ist von der weltweiten Krise besonders schwer getroffen. Der „Boom“ der vergangenen Jahre ist längst vorbei. Dieser stand sowieso auf tönernen Füßen. Vor allem der Bau- und Immobiliensektor profitierte von dem Hype am Finanz- und Aktienmarkt zu Beginn der Jahrtausendwende. So entstanden an den Peripherien der spanischen Großstädte neue Satelliten, deren Wohneinheiten allerdings bis zu 120 Prozent belehnt sind. Das Ergebnis der geplatzten Immobilienblase ist in Spanien besonders allarmierend: 700.000 unverkaufte Wohneinheiten warten derzeit auf Käufer, laut spanischer Zentralbank sind 176 Milliarden Euro an wackligen Hypotheken ausstehend. Viele Arbeitslose können die Zinsen für diese Hypotheken nicht mehr zahlen. Seit 2008 wurden rund 300.000 SpanierInnen Opfer von Zwangsräumungen. Besonders hart: Nach einer solchen Räumung gehört die Wohnung der Bank, die Hypothek aber läuft für die Betroffenen weiter, die aber nicht weiter bedient werden können. Die unterkapitalisierten spanischen Banken und Sparkassen können diesen Kreislauf kaum kompensieren oder verkraften.

Parallel zur Wirtschafts- und Finanzkrise stieg die Arbeitslosenquote in Spanien auf ein europäisches Rekordhoch. Lag die Zahl der Arbeitslosen 2008 offiziell noch bei rund zwei Millionen, stieg diese 2009 auf 3,6 Millionen an, lag Anfang 2010 schließlich bei rund vier Millionen und stieg zuletzt auf 4,4 Millionen an. Die Arbeitslosenquote liegt damit bei 22 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit betrifft mittlerweile fast jeden zweiten und liegt bei 45,8 Prozent. Eine gesamte Generation hat so kaum mehr eine Zukunftschance.

In Folge der sozialistischen Sparpolitiken erhöhte sich auch die Zahl der Arbeitslosen, die ohne staatliche Unterstützung auskommen müssen auf 1,7 Millionen. 21,8 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, darunter viele Rentnerinnen und Rentner.⁴

³ Die vorgezogenen Neuwahlen finden ausgerechnet am 36. Todestag des spanischen Diktators Franco statt.

⁴ Im Bericht des Nationalen Statistik-Instituts ist die Armutsgrenze für Alleinlebende auf ein Jahreseinkommen von 7.500 Euro, für Zweipersonenhaushalte auf 11.300 Euro festgelegt.

Das Renteneintrittsalter wurde zuletzt auf 67 Jahre angehoben und noch im September stimmte das Parlament mit den Stimmen der größten Oppositionsfraktion, der spanischen Volkspartei, einer – nach deutschem Vorbild – in der Verfassung festgeschriebenen, obligatorischen Schuldbremse zu. Die Rezepte der sozialistischen Regierung in Spanien zur Lösung der Krise waren dieselben untauglichen, wie auch unter den Sozialisten in Griechenland und Portugal: Ausgabenkürzungen auf Kosten der Bevölkerung bei der Bildung, im Gesundheitswesen, bei den Renten und den Löhnen im öffentlichen Dienst. Zusätzlich sollten die öffentlichen Kassen durch Privatisierung in der öffentlichen Daseinsvorsorge aufgefüllt werden. Das schlug grandios fehl und half nicht einmal kurzfristig Geld in die Staatskassen zu spülen. Im Gegenzug wurden Stützungskredite für Banken und Steuererleichterungen für Unternehmen in Milliardenhöhe beschlossen.

III. Wahlkampf und Prognosen

Bei den Parlamentswahlen am 20. November 2011 waren insgesamt 350 Sitze im Unterhaus (Congreso de los Diputados) und 208 Sitze im Senat (Senado) (beide zusammen: Cortes Generales) neu zu besetzen. Worüber allerdings inhaltlich abzustimmen sei, wusste selbst am Wahltag kaum einer der 36 Millionen Wahlberechtigten in Spanien. Wie zuvor auch schon in Portugal oder Griechenland waren die beiden großen Volksparteien auch in Spanien inhaltlich wie programmatisch kaum voneinander unterscheidbar und blieben zudem in ihren Wahlprogrammen mehr als vage.

Nach dem angekündigten Rückzug von Ministerpräsident Zapatero ging für die Sozialistische Arbeiterpartei der ehemalige Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba als Spitzenkandidat ins Rennen. Dieser fand sich angesichts der schlechten Umfragewerte für seine Partei früh mit der drohenden Wahlniederlage ab und versuchte lediglich gegen eine absolute Mehrheit der rechts-konservativen Volkspartei zu mobilisieren. Einen von Rubalcaba angekündigten Linksschwenk seiner Partei nach den Wahlen nahmen ihm die bisherigen Wähler der PSOE ebenso wenig ab, wie die Fähigkeit, Spanien mit einer dritten sozialistischen Regierungslegislatur in Folge aus der Krise führen zu können.

Seit Monaten wirkten die Umfragen wie eingefroren. Die rechts-konservative Volkspartei lag konstant 15 Prozent vor der Sozialistischen Partei, welcher gerade einmal noch 30 Prozent der Stimmen zugeschrieben wurden.

Die dem rechts-konservativen Spitzenkandidaten, Mariano Rajoy (PP), zugeschriebenen 45 Prozent Zuspruch in den Vorwahlumfragen waren hingegen nicht Folge einer hohen Zustimmung für einen (konservativen) Politikwechsel. Rajoy blieb inhaltlich blass, unkenntlich und für viele Wählerinnen und Wähler ein Rätsel. Der 56-jährige Konservative aus Galizien im Norden Spaniens gilt weder als begnadeter Redner mit mitreißendem Temperament, noch als visionärer Politiker, der über ausreichend Ideen zur Bewältigung der Folgen der Krise in Spanien verfügt. Für eine Politik des Rotstifts standen beide Spitzenkandidaten gleichermaßen, wobei sich der Favorit Rajoy auffällig mit konkreten politischen Aussagen zurückhielt. Einzig und allein setzte er in seinen Wahlbotschaften auf einen Wechsel.⁵ Wie dieser aussehen sollte, ließ er allerdings offen. Er reihte im Wahlkampf eine Floskel, wie „Ich werde tun, was ich tun muss“, aneinander. Sein sozialistischer Kontrahent, Rubalcaba, agitierte ähnlich inhaltsleer mit seiner „Formula Rubalcaba“ und forderte die Wähler auf seinen

⁵ Auf den Wahlplakaten der PP stand so zum Beispiel lediglich: „Schließ dich dem Wandel an“.

Plakaten auf „zu kämpfen“ („Kämpfe für das, was du willst“, PSOE vs. „Die Zukunft unseres Landes steht auf dem Spiel“, PP)

Rajoy gilt vielen politischen Beobachtern als politischer Ziehsohn von Manuel Fraga, einem früheren Minister unter Franco, der nach dem Tod des Diktators 1975 eine republikanische Rechte – die Alianza Popular (heute Partido Popular) – gründen sollte, die das konservative Spektrum von rechts-faschistisch und reaktionär, bis erzkatholisch und wirtschaftsliberal abdecken und einfangen sollte. Welcher dieser Strömungen innerhalb der PP Spitzenkandidat Rajoy zuzuordnen ist, ist ebenfalls unklar. Vielmehr gilt er als Technokrat, der Dank seines Durchhaltewillens nun wohl neuer Ministerpräsident Spaniens werden wird. Sowohl 2004, als auch 2008 verlor er die Wahlen gegen José Luis Zapatero deutlich und trat nunmehr zum dritten Mal an.

Rajoy kündigte im Wahlkampf nebulös an, dass er das Budgetdefizit bis 2013 auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes, nach 4,4 Prozent 2012, senken will. Wie er das schaffen will, ließ er offen. Sein politisches Programm bestand lediglich aus den Ankündigungen, den Staat „zu verschlanken“, die Steuern zu senken, die Arbeitsmarktgesetze zu lockern und Bürokratie abzubauen. Übersetzt heißt dies wohl: weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen, Kürzungen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen, sowie die weitere Öffnung der Märkte für ausländische Investitionen.

Viel wurde im Vorfeld der Wahlen über das Abschneiden der neuen Grünen Partei „Equo“ spekuliert. Dieser wurde am meisten zugetraut, von dem Protestspektrum um die Bewegung des 15. Mai und der Occupy-Bewegung zu profitieren. Viele bekannte Protagonisten der Bewegung der „Empörten“ (Indignado) kandidierten auf deren Liste.⁶

Der Vereinten Linken (IU) wurde ebenfalls prognostiziert, von den Verlusten der PSOE, sowie von der neuen Protestbewegung im Lande zu profitieren und nach einem katastrophalen Wahlergebnis 2008 (2008: 3,77 Prozent und 2 Sitze) gestärkt ins Parlament einzuziehen. Nach den letzten Umfragen wurden der parlamentarischen Linken knapp neun Prozent der Stimmen und elf Sitze zugetraut.

⁶ Die Wahlergebnisse waren mit 0,88 Prozent der Stimmen allerdings enttäuschend und so zog niemand über diese Liste ins Parlament ein. Vgl. http://www.generales2011.mir.es/99CG/DCG99999TO_L1.htm

IV. Das Wahlsystem

Die Wahl zum Congreso erfolgt nach einem Verhältniswahlsystem in Wahlkreisen unterschiedlicher Größe, die Wahl des Senado ist eine Mehrheitswahl in Mehrmannwahlkreisen. Das Wahlgebiet ist in 52 Wahlkreise unterteilt (50 Provinzen & Autonome Städte Ceuta und Melilla). Die Sitzverteilung auf die Wahlkreise wird jeweils vor der Wahl festgelegt: 248 Sitze werden nach der Bevölkerungszahl verteilt, hinzu kommen je zwei Grundmandate für jede Provinz. Die beiden Autonomen Städte sind durch je einen Abgeordneten vertreten, so dass sich eine Gesamtzahl von 350 Sitzen ergibt (Art. 68 Abs. 2 der Verfassung, Art. 162 LOREG).

Durch die Grundmandate werden Provinzen mit wenigen Einwohnern bevorzugt.⁷ Die Wahlkreise sind zudem von der Größe her sehr unterschiedlich (Barcelona 31 Abgeordnete vs. Valencia 16). Das Wahlsystem benachteiligt in hohem Maße kleinere, landesweit tätige Parteien, da diese in den zahlreichen kleinen Wahlkreisen, in denen nur eine einstellige Zahl von Mandaten zu vergeben ist, kaum eine Chance auf einen Parlamentssitz haben. Sie können nur in den wenigen großen Wahlkreisen überhaupt auf Mandate hoffen, in den übrigen Wahlkreisen auf sie abgegebene Stimmen werden für die Sitzverteilung nicht berücksichtigt. Von diesem Effekt weniger betroffen sind hingegen Regionalparteien mit klaren Hochburgen. So erlangte Izquierda Unida, die drittgrößte landesweit tätige Partei, bei der Wahl 2008 mit 969.871 Stimmen nur zwei Mandate, die nur im Katalonien angetretene Regionalpartei Convergència i Unió (CiU) hingegen mit 779.425 Stimmen zehn Sitze. Von dieser Benachteiligung der kleinen profitieren vor allem die großen Parteien.

⁷ Bei der Parlamentswahl 2008 kamen in der der Provinz Teruel rechnerisch 38.070 Wahlberechtigte auf ein Abgeordnetenmandat, in der Provinz Madrid hingegen 128.286 Wahlberechtigte auf ein Mandat.

V. Die Vereinte Linke (Izquierda Unida, IU)

Erst die im Mai 2011 für die Vereinte Linke hoffnungsvollen Regionalwahlen beendeten ein Jahrzehnt ausbleibender Wahlerfolge. Parallel zu den sinkenden Zustimmungswerten bis 2010 wuchsen in der IU politische, strategische und programmatische Auseinandersetzungen. In der Legislaturperiode 2004 – 2008 tolerierte die IU noch eine sozialistische Minderheitsregierung, konnte aber kaum eigene Inhalte durchsetzen. Die Wahlergebnisse für die IU 2008 (Parlamentswahlen) und 2009 (Europawahlen) sanken weiter rapide.

Am 14. Dezember 2008 wählte schließlich der IU-Vorstand, nach einem kontroversen Parteitag im November, das PCE-Mitglied Cayo Lara zum neuen Generalkoordinator der IU.⁸ Dieser löste in der Folgezeit das strategische Bündnis zur regierenden Sozialistischen Arbeiterpartei und strengte zahlreiche parteiinterne Reformen an. Diese schienen sich bereits zu den Regionalwahlen im Frühjahr des Jahres auszuzahlen – die Zustimmungswerte stiegen wieder an.⁹

Mit der Wahl des neuen und amtierenden Vorstandes unter der Leitung von Cayo Lara auf dem neunten Kongress machte sich die IU auf den Weg zu einer »Neugründung des Parteienbündnisses«. Erster Schritt hierzu war die kontinuierliche Mitgliederwerbung und Mitgliedererfassung. Dieser wurde Mitte 2010 abgeschlossen. Zweiter Schritt war der Ausbau der partizipativen Demokratie innerhalb der Partei, dritter die Beseitigung der bislang sehr schlechten Beitragszahlungsmoral. Auch diese beiden Schritte wurden 2010 erfolgreich abgeschlossen.

Die Vereinte Linke in Spanien konnte sich bei den Parlamentswahlen 2011 vor allem auf die größte spanische Gewerkschaft, Comisiones Obreras (CC.OO.), stützen. Sie profitierte zudem von den neuen Protestbewegungen und enttäuschten Wählern der Sozialistischen Partei (PSOE). Generalkoordinator Lara trat im Wahlkampf als „parlamentarischer Indignado“ auf und warb dafür, die Wahlen nicht zu boykottieren, sondern der Vereinten Linken die Stimme zu geben, um „der neoliberalen Politik von Angesicht zu Angesicht entgegenzutreten“. Das dies nicht einfacher Stimmenfang war, sondern die Einbeziehung der spanischen Protestbewegung durchaus ernsthaft von der parlamentarischen Linken verfolgt wurde, zeigt insbesondere die Erarbeitung des Wahlprogramms der Partei. Genau genommen handelt es sich dabei um gar kein Wahlprogramm. Vielmehr hat die IU einen „Aufruf zur Bekämpfung der

⁸ PCE - Kommunistische Partei Spaniens: Diese tritt seit dem Ende der 1980er Jahre unter dem Dach der IU zu den Parlamentswahlen an, ist Mitglied der IU, existiert rechtlich aber parallel eigenständig weiter.

⁹ Mehr zur Geschichte und aktuellen Programmatik der Vereinten Linken (IU) bei Heilig, Dominic: Das spanische Linksbündnis Izquierda Unida, in: Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2010, S. 209ff., http://rosalux-europa.info/publikationen/buecher/laenderberichte_linke_in_europa/

Krise und zur Mobilisierung für eine soziale Alternative und eine wirkliche Demokratie“ vorgelegt.¹⁰

Der Wahlauf Ruf ist kein abgeschlossenes Programm. Der Aufruf ist das Ergebnis eines breiten Konsenses zwischen jenen, die „einen alternativen, sozialen Block gegen die neoliberale Hegemonie“ bilden.

An dem Prozess der Erarbeitung, zu dem die Partei einlud, beteiligten sich landesweit über 200 Vereine und Verbände, rund 15.000 Mitglieder und Sympathisanten der IU in über 500 öffentlichen Versammlungen und zahlreichen offenen Debatten im Internet. Diese Arbeitsmethode möchte die Partei auch über die Wahlen hinaus als Instrument der Beteiligung und Demokratisierung beibehalten und weiterentwickeln: „Es ist ein ständiges Instrument der Kommunikation und Partizipation“.¹¹ Die Ergebnisse der Konsultationen finden sich in „7 Revolutionen“ wieder, die im Folgenden kurz dargestellt werden sollen.

¹⁰ Vgl. Sozialer Wahlauf Ruf für 7 Revolutionen, <http://www.convocatoriasocial.org/>

¹¹ Vgl., ebd.

VI. Die 7 Revolutionen der Izquierda Unida¹²

1. Für eine wirtschaftliche Revolution

Die wirtschaftliche Revolution wird als Grundlage für eine globale Alternative zum Kapitalismus betrachtet. „Die Krise, die wir erleben, ist eine weltweite Krise des kapitalistischen Systems. Diese zeigt sich: wirtschaftlich, finanziell, bei der Umwelt, den Rohstoffen, sowie bei der Nahrungs- und Energiefrage. Die Krise ist schließlich eine politische, kulturelle und ideologische. (...) Die Vereinte Linke leistet dagegen Widerstand.“ Dieser zielt auf die „Überwindung des aktuellen sozialen, politischen und kulturellen Modells des Neo-Liberalismus und die Schaffung der Bedingungen für ein Ende des Kapitalismus. [...] Widerstand ist Alternative. Widerstand ist angesagt. Widerstand ist Revolution.“

2. Für eine demokratische Revolution

„Eine alternative linke Kraft muss für eine erweiterte Demokratie im Rahmen eines föderalen Staates kämpfen“. Solidarität und Freiheit sollen Rahmenbedingungen für das „wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohlergehen der Bürger“ sein. Die Demokratisierung der Gesellschaft und ihrer Entscheidungsstrukturen stellen für die IU den Ausgangspunkt für eine sozial-ökologische und nachhaltige Entwicklung Spaniens dar.

3. Für eine Revolution in der öffentlichen Daseinsvorsorge

„Die Linke hat die Aufgabe, die sozialen Sicherungssysteme gegen Angriffe zu verteidigen und zum anderen den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge auszubauen. Bildung, die Betreuung der Kinder, Behandlung von Krankheiten, Pflege im Alter, Gesundheit, Wasser und Energie, öffentliche Verkehrsmittel, die Post, Sport und Kultur sind ... keine Rohstoffe, sondern öffentliche Dienste, die für jeden vom Staat gewährleistet und bereitgestellt werden müssen.“ Die IU fordert einen universellen Zugang zu diesen und weiteren Dienstleistungen, die sich an den Bedürfnissen der Bürger und nicht der Wirtschaftlichkeit orientieren sollen. Privatisierungen in diesem Bereich werden durch die IU strikt abgelehnt.

¹² Vgl., ebd., sämtliche Übersetzungen von Dominic Heilig

4. Für eine ökologische Revolution

“Wir müssen die Trends zu einem zunehmenden Verbrauch von natürlichen Ressourcen und an einem erhöhten Ausstoß von Emissionen verändern. Wir streiten für eine soziale und ökologisch nachhaltige Entwicklung in der Wirtschaft. Wir brauchen eine Gesellschaft, die menschliche Entwicklung fördert [...] und eine Beziehung des Menschen zur Natur herstellt, um die Existenz von Ökosystemen sicherzustellen.“

5. Revolution für die Gleichstellung

Feminismus gilt der IU als Philosophie, ist bestimmend in ihrer Sprache, in ihrem Handeln und der politischen Praxis. Der Feminismus gilt damit als Rückgrat der IU in ihrer Politik der Transformation der Gesellschaft. Die IU steht für die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit heterosexuellen Lebensgemeinschaften und wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung oder Herrschaft aufgrund der sexuellen Präferenzen.

6. Eine kulturelle Revolution

Darüberhinaus streitet die IU für eine kulturelle Revolution und will kulturelle Arbeit stärker fördern und den Zugang zu Kultur unabhängig vom Einkommen öffnen. Der Kulturbetrieb soll wie die Bildung nicht weiter den Mechanismen des Marktes unterworfen werden. Die IU wirbt in diesem Zusammenhang auch für eine neue politische Kultur in Spanien.

7. Eine Revolution für den Frieden

In den Augen der IU ist die Krise der Menschheit Ergebnis des kapitalistischen Systems des Imperialismus. Dieses System habe internationale Institutionen und die Demokratie beschädigt. Der Einsatz von Gewalt, die Verletzung des Völkerrechts, die Verzögerung bei der Erreichung der Millenniumsziele, der Anstieg des internationalen Waffenhandels sind in den Augen der spanischen Linken Werkzeuge im Kampf um Ressourcen. Dieser Kampf behindert die Entwicklung von zahlreichen Staaten und setzt Millionen Menschen weltweit Tod, Hunger und Armut aus. Die Partei wirbt für eine umfassende Reform der Vereinten Nationen und kritisiert die demokratischen Defizite der Europäischen Union.

Die Partei hat sich in ihren Foren und Debatten auf ein **20-Punkte-Sofortprogramm** verständigt, in dem die drängensten und zentralen Forderungen der Vereinten Linken zusammengefasst sind. So fordert die Partei u.a.:

- Einen Mindestlohn von 1.100 Euro
- Eine Grundsicherung von zunächst 586 Euro
- Eine Begrenzung von Spitzenlöhnen
- Ein System von öffentlichen Banken
- Einen Stopp der Privatisierung in der öffentlichen Daseinsvorsorge
- Eine Reform des Wahlsystems
- Ein Mehr an Direkter Demokratie, z.B. durch Volksgesetzgebungen auf allen Ebenen
- Eine Demokratisierung von Kultur & Kommunikation, z.B. durch den freien Zugang zu Software
- Schließung aller NATO-Stützpunkte in Spanien
- Abzug der spanischen Truppen aus Afghanistan und Libyen
- Eine Senkung des Renteneintrittsalters auf zunächst 65 Jahre und langfristig auf 60 Jahre

VII. Die Wahlergebnisse und ein erstes Fazit

Tabelle 2: Wahlergebnis nach Auszählung von 99 Prozent der Stimmen¹³

Candidaturas	Votos		Diputados	Diputados	Votos		Candidaturas
PP	10.036.015	44,62 %	186	154	10.278.010	39,94%	P.P.
PSOE	6.462.210	28,73 %	110	169	11.289.335	43,87%	P.S.O.E.
CiU	957.643	4,24%	16	10	779.425	3,03%	CiU
IU-LV	1.572.213	6,92 %	11	2	969.946	3,77%	I.U.
AMAIUR	328.304	1,45%	7				
UPyD	1.076.090	4,77%	5	1	306.079	1,19%	UPyD
EAJ-PNV	319.786	1,41%	5	6	306.128	1,19%	EAJ-PNV
ESQUERRA	241.892	1,07%	3	3	298.139	1,16%	ESQUERRA
BNG	145.096	0,64%	2	2	212.543	0,83%	B.N.G.
CC-NC-PNC	107.598	0,47%	2	2	174.629	0,68%	CC-PNC
COMPROMÍS-Q	122.950	0,54%	1		29.760	0,12%	BLOC-IDPV-EV-EE
FAC	95.236	0,42%	1				
GBAI	41.818	0,18%	1				

Die rechts-konservative Volkspartei (PP) hat mit 186 Sitzen im Abgeordnetenhaus und 44,6 Prozent der Stimmen (2008: 39,94%) die absolute Mehrheit errungen. Damit dürfte sie in den kommenden Jahren ohne Probleme ihre politischen Inhalte durchsetzen können, denn sie regiert auch in der Mehrzahl der Regionen Spaniens. Nach Jahren verfügt das Land damit wieder über klare Mehrheitsverhältnisse.

Die bislang regierende Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) hat mit nur 110 Sitzen und 28,7 Prozent der Stimmen (2008: 43,87%) ihr schlechtestes Wahlergebnis seit der Demokratisierung Spaniens Ende der 1970er Jahre eingefahren. Der Sieg der Konservativen ist allerdings weniger als ein Sieg für diese, als vielmehr als eine Niederlage der Sozialisten zu werten. Die Sozialisten haben im Vergleich zu den vorherigen Wahlen rund vier Millionen Wählerstimmen verloren, während die rechts-konservative Volkspartei lediglich 600.000 Stimmen hinzugewinnen konnte. Nach ersten Nachwahlumfragen sind rund zwei Millionen ehemalige WählerInnen der Sozialisten gar nicht mehr zur Wahl gegangen.

¹³ Vgl. Innenministerium Spaniens: http://www.generales2011.mir.es/99CG/DCG99999TO_L1.htm

Die absolute Mehrheit für die Partido Popular hat aber noch einen zweiten Schönheitsfehler. Insgesamt erhielt sie rund 1,2 Millionen Stimmen weniger, als die Sozialistische Arbeiterpartei bei ihrem Wahlsieg vor drei Jahren, nach dem sie lediglich eine Minderheitsregierung stellte.

Der zukünftige Ministerpräsident Mariano Rajoy wird nach diesem Wahltag konkreter werden müssen, als er dies zuvor im Wahlkampf war. Die Mehrheit der Spanier hat sich für einen Mann entschieden, der sich ob der guten Umfragewerte um jede konkrete inhaltliche Aussage in den vergangenen Monaten herumgedrückt hat. Das Rajoy allerdings andere politische Akzente als sein sozialistischer Vorgänger Zapatero setzen wird, ist unwahrscheinlich. Auch mit der rechts-konservativen Volkspartei werden die Kürzungen und Privatisierungen im Sozialbereich zur Bewältigung der Krise fortgesetzt werden. Auch in der Frage der Reform des Wahlsystems wird es keine Änderungen geben, ebensowenig wie in der Baskenfrage. Diese hatte der zukünftige Ministerpräsident jüngst nicht als eine politische bezeichnet, sondern die (politische) Unabhängigkeitsbewegung als "Bande von Kriminellen" gebrandmarkt. Auch in dieser Haltung unterscheidet er sich nicht von seinem Vorgänger Zapatero.

Mit Spanien ist nun in einem dritten Mitgliedsstaat der Europäischen Union 2011 die Regierung von einer sozialistisch-geführten Regierung in eine rechts-konservative übergegangen.

Waren die Regionalwahlen im Mai 2011 noch ein Hoffnungsschimmer für die radikale Linke, so muss die Parlamentswahl (2008: +3,2 %) trotz der absoluten Mehrheit der rechts-konservativen Volkspartei als Erfolg für die Linke angesehen werden. Die IU hat ihr Ergebnis im Vergleich zu den letzten Parlamentswahlen 2008 beinahe verdoppelt und gehört nunmehr wieder zu den stärksten Parteien der radikalen Linken innerhalb der Europäischen Union. Sie knüpft dabei an die Wahlergebnisse Mitte der 1990er Jahre an.

Die IU konnte sowohl aus dem enttäuschten PSOE-Wählerspektrum, als auch aus der Protestbewegung zusätzliche Stimmen gewinnen. Mit der Einbeziehung breiter gesellschaftlicher Gruppen in die Erarbeitung ihrer politischen und programmatischen Ziele hat die Partei wieder an gesellschaftlicher Bindung gewonnen und knüpft damit an ihre Anfangsjahre in den 1980ern an, als die IU aus der Friedens- und Anti-NATO-Bewegung als politisches Projekt hervorging. Interessant an der Entwicklung der IU in den letzten Jahren, von einer Partei nahe der Spaltung und/oder Auflösung und ihrem gestärkten Selbstbewusstsein 2011 ist, dass dieser Wandel vor allem durch innere Reformen entstanden ist. Generalkoordinator Cayo Lara hat sein Programm der „Neugründung und Demokratisierung der IU“ konsequent durchgezogen und schließlich Erfolg gehabt. Die Partei gilt damit unter den Parteien der radikalen Linken in Europa noch immer oder wieder als eine

der (inhaltlich wie programmatisch) modernsten und fortschrittlichsten. Sie hat es verstanden, sowohl die außerparlamentarische als auch die parlamentarische Ebene erfolgreich miteinander zu verknüpfen und gleichzeitig ihr programmatische Profil als rot-grünes Parteienbündnis zu schärfen.

Neben der IU werden auch zukünftig die links-nationalistischen Regionalparteien BNG (Galizischer Block) und das neue baskische Linksbündnis (AMAIUR)¹⁴ im nationalen Parlament vertreten sein.

Die Wahlbeteiligung lag angesichts der Krise des Landes und der hohen Arbeitslosigkeit noch immer bei erfreulichen 71,7 Prozent (2008: 73,8) und damit fast sechs Prozent höher, als bei den Regionalwahlen vor sechs Monaten.

Dominic Heilig,

21. November 2011, 1.51 Uhr

Dominic Heilig, 33 Jahre alt und Diplom-Politikwissenschaftler, arbeitet in der Bundestagsfraktion DIE LINKE. als Koordinator des Arbeitskreises BürgerInnenrechte und Demokratie. Nebenbei arbeitet er als freier Journalist und Autor und hat für die Rosa-Luxemburg-Stiftung bereits mehrere Texte zur europäischen Linken, sowie Wahlanalysen veröffentlicht. Zuletzt erschien von ihm und Jan Korte das Buch „Kriegsverrat - Vergangenheitspolitik in Deutschland“ im Berliner Dietz-Verlag.

Mehr Informationen unter www.dominic-heilig.de

¹⁴ Bei den Regional- und Kommunalwahlen am 22. Mai 2011 waren die Parteien Eusko Alkartasuna und Alternatiba Eraikitzen in einem Wahlbündnis mit der Bezeichnung Bildu angetreten und hatten beachtliche Erfolge erzielt. Am 2. Oktober 2011 gaben Vertreter dieser beiden Parteien und der Partei Aralar bekannt, bei den Wahlen zum spanischen Parlament am 20. November 2011 in den drei Provinzen der Autonomen Gemeinschaft Baskenland und Navarra in einem Wahlbündnis unter der Bezeichnung Amaiur anzutreten. Amaiur ist der Name eines symbolträchtigen Orts in den Pyrenäen, in dessen Burg navarrische Truppen 1522 den letzten Widerstand gegen die Invasion durch Kastilien leisteten.